

Informelles Treffen der Jugendministerinnen und -minister und Jugendevent, 29. bis 31. März 2006

Hintergrundpapier und Diskussionsvorschlag für die Arbeitssitzung der Jugendministerinnen und –minister am 30. März 2006 von 10:00 – 13:00 Uhr, Bad Ischl

I - Einführung

Im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode und als Follow-up zu den gemeinsamen Zielsetzungen zu Partizipation und Information von Jugendlichen wird die Europäische Kommission eine Mitteilung präsentieren, die eine Bilanz aus den Berichten der Mitgliedstaaten, die beschreiben, wie diese gemeinsamen Zielsetzungen in den jeweiligen Ländern umgesetzt wurden, zieht. Weiters werden die Empfehlungen der Jugendlichen, die im Rahmen der Veranstaltung „Die Jugend hat das Wort“ während der Europäischen Jugendwoche im vergangenen Dezember in Brüssel ausgesprochen wurden, berücksichtigt. Auch die vom Europäischen Rat hervorgehobene Bedeutung der Partizipation Jugendlicher für den Erfolg des Europäischen Pakts für die Jugend wird Eingang in die Gespräche finden.

Das informelle Ministertreffen, das am 30. März 2006 unter österreichischem Vorsitz stattfinden wird, ist für die Jugendministerinnen und –minister eine wertvolle Gelegenheit, Meinungen zu den wichtigsten Themen, die in der vorgeschlagenen Mitteilung behandelt werden sollen, in einem informellen Rahmen auszutauschen und damit einen beachtenswerten Input für besagte Mitteilung zu liefern.

II – Hintergrund für die Diskussion

A – Information von Jugendlichen

Insgesamt wurden Verbesserungen beim Zugang junger Menschen zu Informationen erzielt, die ihnen eine stärkere Partizipation an der Gesellschaft ermöglicht und die Verwirklichung ihres Potenzials als aktive, verantwortungsbewusste Bürger erleichtert.

Dennoch bleibt Jugendinformation oft mit Beschäftigung, Ausbildungsberatung und Gesundheit verbunden. Die Information junger Menschen über die Partizipation am demokratischen Leben könnte daher verbessert werden. Dies gilt insbesondere für die Information junger Menschen über die Partizipation am demokratischen Leben in Europa, wie unter Punkt C näher erörtert.



B – Partizipation junger Menschen am demokratischen Leben

Der Hauptzweck europäischer Jugendpolitik besteht in der Entwicklung aktiver Bürgerschaft bei jungen Menschen und deren vollständige Integration in die Gesellschaft. Dies erfordert natürlich eine aktive Einbeziehung Jugendlicher in das demokratische Leben.

Fortschritte wurden im Bereich der Partizipation Jugendlicher bereits erzielt, besonders was die Partizipation junger Menschen am staatsbürgerlichen Leben (partizipatorische Strukturen, Projekte etc.) und an Systemen der repräsentativen Demokratie (Wahlen, repräsentative Strukturen etc.) betrifft.

Darüber hinaus wurden Schritte unternommen, um auf verschiedenen Ebenen (national, regional und lokal) Raum für Diskussionen zwischen politischen Entscheidungsträgern und Jugendlichen zu schaffen. Vor allem auf lokaler Ebene haben sich diese Plattformen als äußerst effektiv im Hinblick auf eine stärkere Partizipation Jugendlicher erwiesen. Daher sollten mehr und besser organisierte Möglichkeiten der Diskussion und des Dialogs zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern zu Themen geschaffen werden, die ihr tägliches Leben direkt beeinflussen. Dieser Raum für Dialog stellt nur eine weitere Gelegenheit für alle jungen Menschen – egal ob repräsentativen bzw. partizipatorischen Strukturen angehörig oder nicht – dar, eine aktive Rolle im demokratischen Leben wahrzunehmen.

C – Aktive Teilnahme an Politik gestaltenden Debatten über Europa

Jüngste Ereignisse, wie etwa die Ablehnung der Verfassung in manchen Mitgliedstaaten durch eine große Anzahl von jungen Menschen, zeigen, dass es besonders wichtig ist, den Jugendlichen zu ermöglichen, mit politischen Entscheidungsträgern in Dialog zu treten, wenn es um die Diskussion der Europäischen Agenda geht. Politiken und Aktionen, die auf europäischer Ebene diskutiert werden, haben tatsächlich immer größere Auswirkungen auf das tägliche Leben der Jugendlichen. Das Interesse der jungen Generation an europäischen Angelegenheiten sollte gefördert und Raum für den Austausch von Meinungen geschaffen werden.

Die Bedeutung einer besseren Einbeziehung der Bürger – auch der jungen Bürger – in die Entwicklung der Europäischen Union wurde kürzlich von den Staats- und Regierungschefs am Frühjahrsgipfel 2005 betont und wird auch von der Europäischen Kommission in ihren Initiativen zur Ausarbeitung eines langfristigen Plans zur Wiederbelebung der europäischen Demokratie und zum Entstehen „einer europäischen Öffentlichkeit [...], die dem Bürger die Informationen und die Instrumente an die Hand gibt, um aktiv am Entscheidungsfindungsverfahren

teilzunehmen und Teilhaber des europäischen Einigungswerks zu werden“¹ hervorgehoben.

Der durch die oben erwähnten Initiativen neu geschaffene Impuls sollte genutzt werden, um Raum für Dialog und Diskussion zu schaffen, der den Jugendlichen eine aktive Partizipation an den Entwicklungen jener Politiken ermöglichen würde, die sie tatsächlich selbst betreffen.

Diese Botschaft wurde während des Europäischen Jugendevents im Dezember letzten Jahres bestätigt, als sich die Jugendlichen fest entschlossen zeigten, aktiv an der Gestaltung Europas mitwirken zu wollen. Sie äußerten diesbezüglich den ausdrücklichen Wunsch nach regelmäßig stattfindenden Diskussionsforen als auch der Möglichkeit auf allen Ebenen ihrer Stimme Gehör verschaffen zu können. Diese Einrichtungen der Diskussion und des Dialogs sollten kontinuierlich, glaubwürdig und konstruktiv sein und jungen Menschen ermöglichen, aktiv an der Ausarbeitung und Umsetzung der europäischen Agenda mitzuwirken und so Teilhaber des europäischen Einigungswerks zu werden.

¹ *“Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach - Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion”, COM (2005) 494 endg., S.3.*



III – Leitfragen für die Diskussion der Ministerinnen und Minister

1. Wie könnte die Information der Jugendlichen über die Kernthemen der Beschäftigung und Bildung hinausgehen, um für eine stärkere Partizipation der jungen Menschen am demokratischen Leben zu sorgen?
(Die Ministerinnen und Minister könnten sich über spezifische Initiativen austauschen, die sie in ihren Ländern ins Leben gerufen haben und eventuell als Best Practices dienen könnten.)
2. Kann die Schaffung spezifischer und formalisierter Partizipationsplattformen für junge Menschen, vor allem auf lokaler Ebene, deren Engagement in allen relevanten Aspekten des demokratischen Lebens erhöhen? Wie können die spezifischen Anliegen Jugendlicher, die nicht Teil partizipatorischer oder repräsentativer Strukturen sind, besser aufgegriffen werden?
(Die Ministerinnen und Minister könnten sich über spezifische Initiativen austauschen, die sie in ihren Ländern ins Leben gerufen haben und eventuell als Best Practices dienen könnten. Die Rolle der Gemeinden und Schulen bei der Schaffung derartiger Möglichkeiten des Dialogs mit politischen Entscheidungsträgern könnten ebenso diskutiert werden.)
3. Wie können kontinuierliche, glaubwürdige und konstruktive Möglichkeiten des Dialogs und der Diskussion über europäische Themen geschaffen werden – in chronologischer Reihenfolge von der lokalen bis hin zur europäischen Ebene – in deren Rahmen sich junge Menschen über die europäische Agenda austauschen können und so Teilhaber des europäischen Einigungswerks werden können?
(Die Ministerinnen und Minister könnten darüber diskutieren, wie Themen der europäischen Agenda auf lokaler und nationaler Ebene besser antizipiert werden könnten, um so einen zeitgerechten, sachkundigen und aktiven Beitrag der Jugendlichen zu politischen Entwicklungen in der Europäischen Union zu ermöglichen, z.B. vor Jugendevents, vor der Europäischen Jugendwoche, vor Berichterstattungen im Rahmen der OKM oder Lissabon, vor Vertragsratifizierungsprozessen, vor Europawahlen etc.)